

Dresdner Volkszeitung

Gelehrte Sonntagszeitung
Leipzig, Abend & Comp., Nr. 2061.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Saalfeld:

Gebr. Arnold, Dresden.

Aboabonnementpreis einschließlich Bringerlief. monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierjährig 8.25 M., unter Briefband zur Deutschen und Leipziger Umlage 12.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur donnerstag von 12 bis 1 Uhr.
Telegraph: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Schreibtzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9-seitige Hauptseite 1.20 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 8-seitige Nachrapsseite 4.50 M. ausdrücklich Interessentensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Interesse sind im vorraus zu bezahlen. Ohne Bezahlung zu Aufnahme an vorgefertigten Tagen. Für Preisnachbereitung 20 Pf.

Nr. 17

Dresden, Donnerstag den 22. Januar 1920

31. Jahrg.

Der Ausnahmezustand

Wieder einmal hat ein gewaltthamer Angriff einer überwiegenden Minderheit auf die Lebensrechte des Volkes zu Ausnahmezuständen geführt, wieder einmal ist seit einigen Tagen über den größten Teil Deutschlands der Belagerungszustand verhängt, den man jetzt mit einem milderen Ausdruck den Ausnahmezustand nennt. Stets aber war dies geschehen, so begann sich auch schon wieder der Widerstand zu regen, und zwar nicht nur bei den nachgetroffenen, sondern auch in ganz andern Kreisen. Die Verbindung großstädtischer Zeitungsverleger beschloß, bei der Regierung Einspruch zu erheben gegen den jetzt geübten Zustand, unter dem die Regierung jede Zeitung für beliebig lange Zeit am Er scheinen verhindern kann.

Der Übergang vom verfassungsmöglichen Regelzustand, der ja leider noch immer nicht zur Regel geworden ist, zu dem Ausnahmezustand, der leider beinahe schon die Regel darstellt, ist ja unvermittelbar wie ein Sprung aus dem idyllischen Sommertag in die bitterste Winterfalte. Die Verfassung gibt dem Staatsbürgern jedes politische Recht, das er nur wünschen mag, in unbegrenztem Ausmaß. Der Ausnahmezustand besiegelt alle diese Rechte bis auf das Zusätzliche Recht, das allerdings auch für ihn unantastbar ist. Unsre neue Verfassung nennt man mit Recht die freieste der Welt, das preußische Gesetz über den Belagerungszustand vom Jahre 1851 entstammt der schlimmsten Reaktionstätigkeit und ist ganz von altem preußischen Geiste erfüllt. Es bleibt der Zoll, daß dieses Gesetz jetzt ja nicht mehr von einer Dreiklangenregierung, sondern von einer parlamentarischen Regierung gehandhabt wird, die sich auf das Vertrauen einer reizvollen Volksvertretung stützt. Der schneidende Widerstand bleibt trotzdem bestehen.

Der blutige Konflikt, der diesmal zur Verhängung des Ausnahmezustandes geführt hat, ist dadurch entstanden, daß es der Regierung an jeder gesetzlichen Möglichkeit fehlte, Vorbereitungen zu einem gewaltthamen Angriff auf die Nationalversammlung zu verhindern. Nach Artikel 123 der Verfassung haben alle Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Versammlungen unter freiem Himmel können durch Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Das hier angekündigte Gesetz ist aber noch nicht erlassen, so daß der Regierung die gesetzliche Möglichkeit fehlt, eine die öffentliche Sicherheit in hohem Maße gefährdende Massenversammlung unmittelbar vor den Toren des Reichstagsgebäudes zu verbieten. Sie könnte erst zur Abwehr eintreten, als es offenbar kein anderes Mittel gab, das Eindringen gewaltthamer Hauer in den Sitzungssaal zu verhindern.

Hat also auf der einen Seite die Unvollkommenheit der Reichsverfassung der Regierung weniger Macht gelassen, als sie braucht, so wirft ihr auf der andern Seite diese Unvollkommenheit jetzt eine erdrückende Machtfülle in die Hand. Der Artikel 48 der Verfassung gibt dem Reichspräsidenten und bei Gefahr im Verzuge auch der Bundesregierung das Recht, die Freiheit der Person, der Versammlungen und der Presse aufzubeben, und sagt im übrigen: "Das Nächste bestimmt ein Reichsgesetz." Dieses Reichsgesetz ist aber noch nicht erlassen, und so ist Artikel 178 anzuwenden, der besagt: "Die übrigen Gesetze und Verordnungen des Reiches bleiben in Kraft, soweit ihnen die Verfassung nicht entgegensteht." Das preußische Gesetz über den Belagerungszustand ist nun vom Reiche übernommen worden, es tritt also bei Anwendung des Artikels 48 unmittelbar in Kraft, solange das in diesem Artikel angekündigte neue Gesetz nicht erlassen ist.

So entstehet der jetzt wieder entstandene Zustand für die Regierung und die Nationalversammlung die dringende Mahnung, die Verfassung so rasch wie möglich weiter auszubauen. Gegen Unternehmungen einer Minderheit, die sich in gewaltthämer Weise gegen die Lebensrechte der Besatzungsbevölkerung und den Willen der Volksmeinheit richten, müssen innerhalb der Verfassung gesetzliche Abwehrmaßnahmen eingefügt werden. Für den Fall, daß es trotzdem notwendig wird, die verfassungsmöglichen Freiheitsrechte vorübergehend einzufrieden, müssen gesetzliche Bestimmungen erobbt werden, die dem freiheitlichen Geiste einer verstaatlichten demokratischen Verfassung besser entsprechen als das verstaatliche verstaatliche Gesetz von 1851. Anscheinend wird es notwendig sein, in diesem Gesetz die Voranstellungen genau zu formulieren, unter denen eine Einschränkung der Freiheitsrechte erlaubt ist, und das Nach dieser Einschränkung wird bekannt zu bestimmen sein. Es wird dann unverständlich sein, wenn Beispiel eine Zeitung unter dem Ausnahmezustand das Recht zu verbieten, weil sie in der auswärtigen Politik bestimmten vertreten hat, die man mit Recht oder Unrecht für falsch und schädlich hält. Es werden Einrichtungen gebeten werden müssen, die eine unparteiische Nachprüfung der Taten ermöglichen, ob die Voranstellungen für ein Verbot oder einen Gesetzesbefehl noch bestehen oder nicht.

Die Unabhängigen und die Kommunisten sind bisher geschworene Gegner der Verfassung, der persönlichen Freiheit und der Freiheitlichkeit. Sie sind also die letzten die das Recht hätten, sich darüber zu beklagen, daß man bis zu einem gewissen Grade gegen sie dieselben Grundsätze anwendet, die sie selber vertreten. Es handelt sich aber nicht um die Ve-

reistung ihrer verbindlichen Wünsche und Bedenken, sondern vielleicht darum, daß nicht in Deutschland die Demokratie zum wirklichen Ausnahmezustand", das preußische Gesetz über den Belagerungszustand aber zum wirklichen dauernden Reichszustand wird. Uns vor einer solchen Möglichkeit zu bewahren, ist die Aufgabe der Gesetzgebung.

Die Verleger beim Reichskanzler

Berlin, 21. Januar. (Kunstlich.) Die von den Zeitungsverleger noch gesuchte Versprechung beim Reichskanzler fand heute statt, und zwar nahmen an ihr auch der Reichswehrminister, der Reichsminister des Innern sowie ein Vertreter des Reichsjustizministeriums sowie der Presschef der Reichskanzlei teil. Die Verleger trugen die bereits in ihrer Entschließung zusammengefaßten Wünsche vor, in der sie sich gegen die jetzige Praxis des Verbots von Zeitungen und Behauptung der Betriebe wendeten. Solche Zeitungsverbote unzulässig erscheinen, sollten sie nicht ohne Begründung und ohne Begründung erfolgen. Außerdem erscheint unbedingt erforderlich die Schaffung einer Instanz zur Rechtfertigung der die Freiheit einschränkenden Maßnahmen.

Der Reichskanzler sowohl wie der Reichswehrminister geben eine Darstellung über den Ernst der gegenwärtigen Lage und stehen seinem Zweck daran, daß sie, um im allgemeinen wertvollen Interesse der Sache Herr zu bleiben, weitgehende Mittel für sich in Anspruch nehmen müssen und auf die Annahme des nach Artikel 48 der Reichsverfassung zu verhängenden Ausnahmezustandes nicht verzichten könnten. Sie müßten die Möglichkeit behalten, gegen Zeitungen, die ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl in offener oder verbreiter Weise zur Verwüstung und Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens aufzutreten, nachdrücklich vorzugehen. Dagegen wäre die Regierung bereit, im Interesse der gesamten Freiheit und des Zeitungsvertriebs den vorgenannten Wünschen entgegenzutreten, den Zeitungsverboten in Zukunft eine Begründung sofort mitzugeben oder unmittelbar folgen zu lassen. Inwieweit eine Verfestigung der Verbote stattfinden kann, müßte der Gewißheit noch vorbehalten bleiben. Außerdem sollte das Reichsjustizministerium sofort eine Verordnung ausarbeiten, auf Grund deren eine Kommission — gebildet ist an einen Ausschuss der Nationalversammlung — eingesetzt wird. Dieser Kommission soll das Recht einer Beschwerdeinstanz gegenüber den behördlichen Anordnungen gegeben werden.

Die Regierungsvorsteher und Verleger haben der Hoffnung Ausdruck, daß auf Grund dieser Verständigung ein Zustand geschaffen werde, der den gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten und auch dem allgemeinen Rechtsbewußtsein entspreche.

Die Heimkehr

Berlin, 21. Januar. Morgens gegen 6 Uhr traf der erste Zug mit 1000 deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich in Herbolzheim ein. Ihm folgte noch kurzem ein zweiter Zug mit 1000 Kriegsgefangenen; ein dritter ist im Anmarsch und wird vier Stunden später erwartet. Der erste Zug kam aus Lille, der zweite aus Royon, der dritte kommt aus Albert. Morgen bringen zwölf Züge Gefangene aus verschiedenen Lagern Frankreichs. Der V. J. z. folge sind nur ein stiller Empfang statt durch freundliche Besucherinnen des Roten Kreuzes. Die französischen Besatzungsbehörden hatten jeden offiziellen Empfang verboten.

Paris, 21. Januar. Die ersten drei Abtransporte deutscher Kriegsgefangener sind aus dem Gebiete von Lille abgegangen.

Deutsch-holländisches Wirtschaftsabkommen

Deutschland leidet schwer unter dem Warenausfall und dem niedrigen Stande seiner Valuta. Holland leidet gleichfalls — unter den entgegengesetzten Umständen. Nach einem Telegramm aus Rotterdam äußerte sich einer der größten niederländischen Importeure zu dem Korrespondenten des Berliner Volksangebers folgendermaßen:

Im Rotterdamer Hafen häufen sich die Güter an, wofür kein Lagerraum und kein Absatz zu finden ist. Im Hafen verlaufen die Schiffe unter freiem Himmel. Nicht für 50 Centner ist ein Lagerraum vorhanden. Wir haben zu neuen Arbeitsschiffen in Holland und können die Rohstoffe nicht selbst bearbeiten. Wir wissen mit diesem Verlust nichts anzutun. Deutschland hat aber keine Rohstoffe und kann Rohstoffe bei dem niedrigen Valuta nicht kaufen, während es Rohstoffe dringend gebraucht, um seine Arbeitslosen zu beschäftigen. Die Lieferung von Rohstoffen gegen langfristige Kredite an Deutschland ist das einzige Mittel zur Befriedigung, wenn wir nicht in eine Katastrophe geraten wollen. Ein rascher Preissturz für die unverwendbaren Rohstoffe ist zu erwarten mit großen Verlusten für die holländischen Importeure...

Um der Erfüllung durch den Überfluss zu entgehen, wurde von der niederländischen Regierung ein Gesetzentwurf, betreffend den Abschluß eines Wirtschaftsabkommen mit Deutschland eingereicht. Dieses ist nun zugestellt gekommen. Von den Bedingungen ist vorläufig nur bekannt, daß Holland uns eine sechsprozentige Anleihe von 200 Millionen Gulden bei einer Laufzeit von zehn Jahren gewährt. Deutschland dagegen jährlich mindestens eine Million Tonnen Steinkohlen an Holland liefert.

Deutsch-Oesterreichs Sorgen

Prag wird zur Hauptstadt Mitteluropas, hatten nach dem Sommerlichen Besuch in der Moldaustadt die Tschechen Mäster triumphiert gesehen. Technische Gedanken erinnern nun, freilich im Ton höchster Begeisterung, auch die Wiener Zeitungen. Im auswärtigen Ausdruck der Nationalversammlung hatte Dr. Renner über ein zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei abgeschlossenes Schutz- und Freundschaftsvertrag abgestimmt. Zwischen den Seiten des Vertrages kann man deutlich lesen, daß auch Truppenannahmungen in Preßburg vorgesehen sind zum Einmarsch in den noch dem Frieden vertrag Oesterreich zufallenden Teil Deutsch-Westmark, um es für Oesterreich gegen Ungarn zu verteidigen und gleichzeitig den von den Tschechen angestrebten Korridor nach Jugoslawien zu schaffen, mit dem gleichfalls ein Militärabkommen geschlossen werden soll. Die Wiener Blätter befürchten, daß das kriegerische Österreich zu einem Vasallenstaat der Tschechoslowakei werde.

Gegen einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland, den befürchtet der amerikanische Abwehrministerialkommissar Hoover auf das dringendste bekräftigte, protestiert die Entente freilich nach wie vor. Die französische Mission in Wien hat eine demokratische Rundschau erlassen. Das Neue Wiener Tageblatt, die Entente an die Verpflichtungen zu erinnern, die ihr aus solchem Vertrag erwachsen. Wenn man breit das Blatt werden wir endlich ernste Angelegenheiten dafür gewinnen, daß die Großmächte für unsre Lebensfähigkeit sorgen? Mit dem Aufsluferbot allein ist nichts geau, weder für uns noch für die Entente, wenn sie ihre eigenen Interessen verteidigt. Das Neue Wiener Journal bemerkt: Nach dieser Erklärung der französischen Mission kann es keinen Zweifel unterliegen, daß die Alliierten nun mehr die Pflicht haben, in fürchterlicher Zeit eine weitgehende Hilfsaktion für die dauernde Sicherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Oesterreich auszuführen.

Das jetzt macht nur Amerika Angst, den bedrängten Oesterreitern zu helfen. Der Staatssekretär der Finanzen Dr. Reis hat gestern in der Nationalversammlung erklärt, daß gestern nachmittag der amerikanische Geschäftsträger bei ihm erschienen sei und ihm die offizielle Mitteilung mache, daß im Kongreß der amerikanische Staatssekretär einen Entwurf

eingebraucht habe auf Gewährung eines 50-Millionen-Dollar-Kredits für Oesterreich.

Ungarns für Siebenbürgens Autonomie

Nach einer Meldung des ung. Korr. Büros ist die ungarische Friedensdelegation weiter nach Budapest zurückgekehrt. Auf die Begrüßungsansprache antwortete Graf Apponyi, der Oberste Rat hätte den ungarischen Friedensdelegation verichtet, er werde alles, was Apponyi vorbrachte, zum Gegenstand einer forschlichen Erwägung machen. Der Redner habe keinen Grund, diese Erklärung als leere Phrasen aufzufassen. Gente findet ein Miniserat statt, dem auch die Hauptmitglieder der Friedensdelegation beitreten werden.

Die ungarische Friedensdelegation hat in Paris eine Note über die siebenbürgische Rolle überreicht, die nicht nur Ungarn und Rumänen betrifft, sondern ein europäisches Programm ersten Ranges sei. Die ungarische Friedensdelegation bittet die Friedenskonferenz, Siebenbürgen, falls die dort vorzunehmende Volksabstimmung sich in diesem Sinne fundiert, ohne Amtstzung der wirtschaftlichen Gemeinschaft mit Ungarn eine weitgehende staatliche Autonomie zu verleihen und mit der inneren Regelung der Nationalitätenfrage Siebenbürgens eine von dem Völkerbund zu entscheidende Kommission beauftragen zu wollen, die unter Einbeziehung von Vertretern der hier interessierten Nationen, nämlich Magyaren, Sachsen und Rumänen, für dieses Gebiet einen Verfassungsentwurf ausarbeiten soll. Die nationalen Bevölkerungen dieser Verfassung wären unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen.

Die Not in Budapest

Die in Budapest eingetroffenen Abgesandten der tschechoslowakischen Mission unternehmen in Gesellschaft des Ministerpräsidenten Károlyi eine Rundfahrt, um sich von dem in der Stadt herrschenden Notzustand zu überzeugen. Die freuden Wäste befindeten innige Teilnahme und vertraten Abhilfe.

Einer Neutemelung zufolge berichtet die britische Mission in Budapest, daß die Kornvorräte nur noch für eine Woche reichen und daß bei Schneefall eine Hungersnot unvermeidlich sei.

Die Antwort Serbiens

Nach einer kurzen Bedenktags hat die Belgrader Regierung zur Forderung der serbischen Flotte, die durch das Angriff folgenden Serben zu unterstürzen, aufgefordert.

Es ist schwer zu verstehen, daß die Regierung der Serbien hier eine Kunde und will mit dies unter die Oberhaupt des Reichsverbandes zu stellen. Aber es ist klar, daß solche Taten nicht als unabdingbare Sache gelten und unter denselben Bedingungen wie Ansatz unter die Oberhaupt des Reichsverbandes gestellt werden. Die Antiviv-Pirot und Velagora werden von Italien angesetzt. Die Südtiroler sind nur der Unterstützung der antirömischen Aufbau unter der Regierung einverstanden, nach Lissia bei dem verbündeten Staate verbleibt. Jede Aenderung der Wilsonschen Orientierung, wenn die Belgrader Regierung zu einer Verteilung Albaniens will, so daß dessen Unabhängigkeit übernommen wird. Die Regierung will, daß die Südtiroler in dem vorliegenden Vertrag der italienischen Regierung ebenso wie in der Neutralität der Alliierten ein Gegenstück finden werden.

Was ist nach der Sitzung, in der die Antwort der Südtiroler Regierung bekanntgegeben wurde, abends nach Rom zurückgekehrt. Lloyd George und Clemenceau haben den Südtiroler Friedensdelegierten vier Tage Zeit, die Südtiroler verhandeln zu können, anderntfalls würden sich Frankreich und England an den Vertrag von London gebunden erklären.

Die Nachfolger des Obersten Rates

Bern, 22. Januar. Das Paris wird gemeldet: Der Vorsitz im Comité National geht nunmehr auf Millerand über. Der Oberste Rat beschloß, daß die Vertretungskonferenz der Alliierten als Nachfolgerin des Obersten Rates in Paris tagen soll. Sie wird ihre Sitzungen von nächsten Montag an aufnehmen und hat mit der Ausführung des Friedens von Versailles beschäftigen. Sie hat Vollmacht, in Einzelheiten von Fragen zu entscheiden, die im großen bisher entschieden worden sind. Wie Prinzipienfragen zur Diskussion stehen, müssen sie an die Staatsoberhäupter der Alliierten gerichtet werden, die sich für diesen Zweck in einer der ördnen Hauptstädte der Alliierten treffen werden. Die ersten der Staatsoberhäupter versammeln, die nach der Neuordnung der Dinge stattfinden sollen, wird in London abzubilden werden. Die Sitzungen des Obersten Rates, wie sie bisher stattfanden, sind eingestellt worden.

Die Petit Journal meldet, werden die zukünftigen Vertreter Frankreichs in der Arbeitsgemeinschaft Millerand, Marsal, Gouba und Paléologue sein.

Frankreichs Kurs

Nachdem unter Millerands Vorsitz der Ministerrat über Frankreichs auswärtige Politik gesprochen und ein rücksichtloses Vertritt zum Verhältnis der inneren Politik zu, mandte er sich in der Aussprache der inneren Politik zu. Es wurde vorgetragen, daß Frankreich die neuen Steuern auf sich nehmen müsse, um die Kriegsabgaben zu können. Der sozialen Frage wird nur in einer Erwähnung Raum gewidmet, die im Weise des Valdeck-Rousseau'schen Programms gehalten. Lauter: Das Kapital muß arbeiten, die Arbeit muß zum Sieg gelangen. Schließlich heißt es in der Erklärung, daß die Regierung sich nicht in Konfessionelle Dinge mischen werde. Die Trennung von Kirche und Staat bedeutet nicht einen Kriegszustand, sondern ein freiheitliches Regime.

Das vorgeschoßene England

Die Agentur Hobas meidet: Eine zweite Note der Verbündeten ist an Holland abgeschickt. Die Verbündeten danken dafür Holland mit, daß das Mandat zur Übernahme des zur Auslieferung geforderten deutschen Kaisers an England übertragen wurde. Weiter meldet Hobas, daß eine Note der Verbündeten an Deutschland unmittelbar bevorstehe, in der die Unterstützung der deutschen Bedeutung in der Auslieferungsforderung bei Holland beansprucht wird.

Die Preisinformation berichtet aus Paris, der Verband habe beschlossen, eine Anzahl Agenten in Deutschland zu beantragen, die ihnen übergebenen Abzüge der Anklageur gegen die ausliegenden Deutschen in weiten Kreisen der deutschen Presse und auch in jeder andern Form zu verbreiten.

Neuorganisation der Eisenbahnwerkstätten

Am Dienstag haben unter dem Vorsitz des Eisenbahndirektors im Sitzungssaal des Potsdamer Bahnhofs in Berlin Beratungen über die Neuordnung der Organisation der Eisenbahnwerkstätten der preußischen Staatsbahnlinien stattgefunden unter Teilnahme von Abordnungen der Beamten und Arbeiter dieser Werkstätten, von Mitgliedern der Landesversammlung sowie führenden Männern aus den Kreisen der Industrie und Wissenschaft. Vertreten waren ferner das Reichsverkehrsministerium und die außerpreußischen deutsichen Eisenbahnverwaltungen.

Der Verantragung lag eine nach den Weisungen des Ministers aufgestellte Denkschrift über die Neuordnung der Verwaltung der Eisenbahnwerkstätten vor, die noch einem Überblick über die zur Zeit bestehende Organisation und ihre geistige Entwicklung und fassende Vorstellungen für die Neuordnung des Werkstättenwesens macht. Aus diesen Vorstellungen ist besonders hervorzuheben, daß die Hauptwerkstätten der Eisenbahnen, unter denen sich Großbetriebe mit mehr als 5000 Arbeitern befinden, mehr als bisher selbstständige Unternehmen werden sollen. An ihrer Spitze werden mit weitgehenden Befugnissen und eigener Verantwortung ausgestaltete Leiter stehen, die das Werk in technisch-wirtschaftlicher Weise verwahren sollen. Durch eine langjährige Erfahrungsermittlung wird die Wirtschaftlichkeit jedes Arbeitsausführungsvermögen, um so die Leistungen der einzelnen Werkstätten mit denen anderer staatlicher Werkstätten und gleichartiger Industrieunternehmen vergleichen zu können.

Die Drohungen der Gastwirte

Der Verband der Gastbetriebsvereine Deutschlands in Köln und Düsseldorf hat den zentralen Reichsbundern eine Warnung unter streiter, wonach der 1. Februar, der die Gastwirte die Rückkehr von Sanatorium, Strandbächen und Badeorten und die Reiseabschließung ihres Betriebes zu schließen und dem Personal am 1. Februar zu schließen bedrohten. Die Sichtung soll normal fortsetzen, bis die Forderung als Verbotshandlung nicht als Sache abhandelt anerkannt zu werden", von der Regierung genehmigt wird.

Der Verein Dresdner Gastwirte hat ähnlich nachstehende Mitteilung unter der Prüfung des zentralen Reichsbundes gemacht: Nach Erledigung der Verhandlungen ist die Gastwirtschaftlichkeit sich der Verhandlung mit dem Reichsbundesrat beigegeben. Der Vorstand gab zu einem entsprechenden Besuch und lud sie auf, daß jetzt den letzten Brothierarchenungen keine Heimkehr und Innenreise auf den zentralen Reichsbundesrat beziehen und mit dem Reichsbundesrat in Berlin einige Rücksicht nehmen. Eine Antwort der Regierung auf das bis zum 20. Januar gestellte Ultimatum sei noch nicht eingegangen. Eine Anfrage des Abgeordneten Peter an die Nationalversammlung sei unbestimmt geblieben. Es wurde dabei den Gastwirten nichts anderes über, als ihre Rechte zu bestimmen, denn die Gastwirte hätten auf keinen Fall mit Verlusten, Schäden und Blöderem zufrieden geworden. Beide Geldstrafen der kleinen Betriebe wolle sich kein Wohlstand. Die Sichtung solle vorläufig mit auf etwa drei Tage erfolgen. Weiter behandelte der Verein die Erhöhung der Preise, insbesondere eine Anfrage des Reichspreisesammlers nach der Begründung dieser Preiserhöhung, und die Sichtungsliste in eingehender Beratung.

Hoffentlich bleiben unsre Regelungen hart, und lassen sich durch die Drohungen der Gastwirte nicht einschüchtern. Das Vorgehen der Gastwirte ist um so weniger gerechtfertigt, als es sich bei dem neuen Gesetz nicht um ein genen Rechtsschutz handelt, sondern um Bestimmungen, die für alle Wirtschaftsbetriebe gleichzeitig gelten sollen. Die Aufgabe der Regierungen und Behörden ist es, während der Zeit des Gastwirtstreits für diejenigen zu sorgen, die keinen Haushalt haben und deshalb, wie bisher, darauf angewiesen waren, in Gastwirtschaften zu essen. Wir haben ja jetzt den Belagerungszustand, auf Grund dessen es möglich sein dürfte die hierzu notwendigen Verordnungen zu erlassen. Es muß überall die notwendige Anzahl von Gastwirtschaften zwangsweise geöffnet, und dort ein Wirtschaftsbetrieb eingerichtet werden.

Der Fall Hitler

Immer deutlicher tritt auf, daß der Bruder Hitler in sicherer Hand steht und vorbereitet war. Das Sicherheitsamt der Aktionäre habe sich zwar sehr eifrig um Entlastungszeugen bemüht, aber Verlautbarungen lange nicht in dem Maße herbeigeholt, wie sie bei einiger Sorgfalt doch hätten zu erlangen können. Infolgedessen werden sich jetzt noch unangenehm in der Presse zeigen, die im Prozeß Hitler nicht zu Worte gekommen sind und deren Vernehmung in der Zeugunginstanz uns dringend erforderlich erscheint. So gibt dem Generalanwälte für Dortmund ein Bergmann Wilhelm Siebert in Wanne, Plutostraße 60, eine Schuldung der Tötung Helmholzes, der wie folgendes entnahm: „Wir lagen in Dolle in den Karabinen und es herrschte eine Kälte von 20 Grad und mehr bei starkem Schneefall. Am einen Tage beim Übersetzen machte Helmholz einen Griff über mir, der nach Ansicht des beauftragenden Oberleutnants Hitler nicht streng genug war; außerdem behauptete Hitler, Helmholz habe das Gesicht vergraben. In Wirklichkeit war Helmholz schon damals faulig und es war ihm beim besten Willen nicht möglich, die Gewebsgriffe nach dem Gesicht auszuführen. Aber er behauptete sich, es witzumachen.“ Zur Strafe für den „Schlapp“ Griff before Helmholz eine Stunde Nacharresten nach dem Dienst, wobei der Unteroffizier auch ihm gängig „geschlagen“ hat. Wer beim Wistan gewesen ist, weiß, was das heißt und man darf nicht vergessen, daß es immer bei einer Kälte von 20 Grad war. Nach Beendigung des Strafzuges erschien der Unteroffizier dem Oberleutnant Hitler. Helmholz hätte sein andres Gesicht machen, er sei schwach. Darauf sagte der Oberleutnant, wie wir alle hören, „Nichts.“ „Ach, was heißt schwach!“

Dann ordnete er zur Strafe an, daß Helmholz am drei Tagen je zwei Stunden nachts von 11 bis 1 Uhr im freien angebunden wurde. Ich stand die erste Nacht Posten, denn der Angeklagte mußte natürlich auch bewacht werden. Der Schneefall fiel so stark, daß Helmholz sicher eingefroren wäre, wenn ich ihm nicht aus Mittel von Wärme geholfen hätte. Ich muß all rings bemühen, daß es ist steingegossen. Gegen 12 Uhr kam Hitler aus dem behaglichen Offiziersunterstand und schien stark angetrunken zu sein. Er kam herein und ging durch die Mannschaftsunterkünfte, fand alles in Ruhe und wandte sich dann dem Angeklagten zu, nachdem er wohl bemerkte, daß er einen Grund haben wollte, wieder irgend etwas auszuspielen. Er tat dann an Helmholz heran und ich ging mehrere Schritte davon, mit Helmholz sprach, wobei Helmholz, soweit ich hören konnte, bat, ihn loszubinden, da er es nicht mehr aushalten könne, bat, dass er mich nicht mehr aushalten könne, bat, Darauf schlug Hitler den wehrlosen, überstrassen Mann mehrfach ins Gesicht und trat ihm auf den halbherzten Füßen herum. Kurze Zeit darauf kam der Major in Uniform aus einem Extra-Unterstand für Offiziersunterkünfte. Er ging langsam und schaudernd in die Kälte Helmholzes, des Schnees von weiteren tiefs. „Herr Major!“ Hörte Major!“ Da der Schneefall trocknend und der Dienst leichter geworden war, wieder irgend etwas auszuspielen. Er tat dann an Helmholz heran und ich ging mehrere Schritte davon, weil ich schon ahnte, was kommen würde. Ich hörte dann, wie er mit Helmholz sprach, wobei Helmholz, soweit ich hören konnte, bat, ihn loszubinden, da er es nicht mehr aushalten könne, bat,

„Ach, was heißt schwach!“ Da schlug Hitler den wehrlosen, überstrassen Mann mehrfach ins Gesicht und trat ihm auf den halbherzten Füßen herum. Da ohnehin die zwei Stunden um waren, wurde er zunächst bereinigt. Am andern Morgen kam er in den sogenannten Stoß-Wagen mithin als Posten davorstehen. Das war natürlich auch ungünstig, denn ich saß wieder zu den Opfern, die den Helmholzes, daß hier ein Schergenkranz Mensch lag, dem es aus Leben ging. Man muß bedenken, daß Helmholz in seiner höchsten Not: „Herr von Koblenz!“

Das war natürlich noch den Begriffen der früheren Disziplin ein großer Verstoß, denn ein Untergesetz darf einen Vorschriften niemals so anreden. Nun wandte sich der Major natürlich angesichts eines soch durchdringenden Verstoßes gegen die Vorschriften um und sagte: „Wie können Sie sich unterstellen, mich mit Familienangehörigen? Solche Disziplin gibt es im preußischen Heere nicht!“ Diese Worte waren im Volksgespräch der beleidigten Offiziere in schrakendem Tone in die Nacht hinausgerufen, so daß sofort der Herr Hitler, der wohl die Stimme seines Majors kannte, herbeieilte.

Auch war Helmholzes Schlaf belegiert. Da ohnehin die zwei Stunden um waren, wurde er zunächst bereinigt. Am andern Morgen kam er in den sogenannten Stoß-Wagen mithin als Posten davorstehen. Das war natürlich auch ungünstig, denn ich saß wieder zu den Opfern, die den Helmholzes, daß hier ein Schergenkranz Mensch lag, dem es aus Leben ging. Man muß bedenken, daß Helmholz in seiner höchsten Not: „Herr von Koblenz!“

Als zu essen und nichts zu trinken bekam, daß also die Absicht bestand, ihn langsam verhungern zu lassen,

wenn er es in dem Löch noch länger als einen Tag aufzuhalten

wollte. Ab und zu stieß die Helmholze den Kopf, aber wir konnten ja nicht helfen, denn es war uns erlaubt, ihm etwas zu geben, was bei der Aufsicht Hilters jedoch herausgezogen wurde, dann wurden wir sicher am andern Abend auch an den Löchern gebunden werden sein aber sagen selbst in dem Löch.

In diesem Löch hat dann Helmholz zwei volle Tage verbracht, am zweiten Tage konnte man schon sehen, wie er sich einfand und wie der Kopf und der Mund und die Ohren am Löch verändert wurden. Er wurde am zweiten Tag zum Oberleutnant vorgerufen und gleich einer wundenden Stelle. Das sagte Helmholz, aber niemand konnte gegen den Löch bestimmt Hitler, der als gemein und gewalttätig bekannt war. So wollte es ja die „preußische Disziplin“. Helmholz wußte sich kaum noch auf den Beinen zu halten und schwankte, aber der Oberleutnant führte ihn zurück und kommandierte ihn wieder in das Löch. Am folgenden Tag wurde weiter mitgeteilt, Helmholz sei getötet. Das folgende Löch verbrachte Helmholz über dem Auto der durch eine Stelle hörte nie von einem Knüppel- oder Schlagzeug herabgefallen. Der Oberleutnant Hitler ordnete an, daß Helmholz sofort ohne Anstände begraben werde, was ihm am besten stand.

Der genannte Bruder erzählte dann noch eine Angabe von weiteren Jahren, die sich unter Hitler zugestanden haben. Von Anfang an die Meinung, daß das Kronenfeld streng verfolgt werden. Der Bruder bezeichnet Hitler als einen „eigenen Menschenkind“, indem er nach unserer Übersetzung auch in vollstem Maße geschossen ist.

Abänderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge

pt. Durch eine neue Verordnung des Reiches vom 15. Januar 1920 werden die Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge in ganz eingeschränkt abgebildet. Wie veröffentlicht nochmals nachstehend den Inhalt der wichtigsten Änderungen.

Diejenigen Erwerbslosen, die seit dem 1. August 1914 in einem anderen Land gegenwärtig sind, erhalten bestimmt die Unterstützung an diesem Ort nur für vier Wochen, wenn sie nicht vor Einführung der Erwerbslosigkeit einen eigenen Haushalt geöffnet haben und nicht jünger, aber die Südländer in den alten Wohnungsräumen unerschöpflich ist. — Bei der Rückkehr in den Südländer wurde nur das Gehalt bewilligt. Jetzt muß dieser Betrag jeden Tag außer der freien Fahrt eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten, einschließlich der Fortsetzung des Umzugsgebiets, gegeben werden.

Während bisher den Erwerbslosen vom 14. Jahre an die Unterstützung zu gewähren war, ist dieses jetzt nur von 16. Jahre an der Fall. Wer jetzt teilweise erwerbslos ist, hat ebenfalls Ansprüche auf die Fürsorge.

Erwerbslosigkeit ist nicht als Straßfolge anzusehen, wenn sie durch Krieg oder andere Auswirkungen überwiegend verursacht ist.

Die Gemeinden dürfen in diesem Falle erst vier Wochen nach Abzug des Ausländer oder der Ausweitung Erwerbslosenunterstützung gewähren. Den Angehörigen eines unterstützten Erwerbslosen, die gegen diesen einen familiärmedizinischen Unterstützungsanspruch haben oder in dem Falle seiner Leistungsfähigkeit haben würden und bis zum Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit von ihm ganz oder in der Hauptstadt unterhalten werden, darf keine selbständige Erwerbslosenunterstützung gewährt werden.

Die befreibare Unterstützung, die meist in einem gemeinschaftlichen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten,

dürfen in ihrer Summe das Erwerbslosengebiet der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunrechtmäßigen Mitglied der Familie für seine Person zusteht.

Ausländern wird die Erwerbslosenfürsorge nur gewährt, wenn ihr Gemeinschaft Erwerbslosen nochmals eine gleichwertige Fürsorge gewährt.

Bei Bauarbeiten oder ähnlichen Arbeiten, die mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden, ist der Arbeitgeber oder der Betriebsleiter oder die von ihm beauftragte Stelle verpflichtet, zu beauftragen, welcher Arzt als angemessenstes ärztliche Behörde zu sein kann. Die Unterstützung ist auf einen bestimmten Zeitraum zu befristen, wenn begründet bestellt, daß es dem Erwerbslosen mögl. sein wird, sich innerhalb dieses Zeitraumes durch eigene Bemühung eine Zukunft zu verschaffen, bevor Annahme er nach den vorliegenden Bestimmungen nicht verhindern dürfte.

Die Bestimmung über die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung bei teilweiser Beschäftigung, die jetzt noch einer Sonderbestimmung berechnet wurde, ist dahin geändert, daß jetzt auf die Verdienstlosigkeit von 40 bis 60 Wochen in Frage kommt. Die Beschäftigung ist in diesem Falle nicht zu prüfen. — Im Falle besonderer Beschäftigung kann die Behörde den Verdienstlosigkeit von 70 bis auf 80 Prozent herabsetzen.

Die Höchstlöhne sind bei männlichen Personen dieselben geblieben. — Die für weibliche Personen sind wie folgt abgeändert worden:

a) Über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben:

A	B	C	D u. E
5,00	4,50	8,50	8,00 DR.

b) Über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben:

A	B	C	D u. E
8,00	2,00	9,25	2,00 DR.

Die Familiengeschäfte, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen im einzelnen folgende Höhe nicht übersteigen:

A	B	C	D u. E
8,00	2,00	9,25	2,00 DR.

a) Für den Ehemaligen:

A	B	C	D u. E
2,50	2,25	8,00	1,75 DR.

b) Für die Kinder und sonstige Unterstützungsbedürftige:

Westpreußische Kundgebungen

Danzig, 21. Januar. Die großdeutschenden Kundgebungen im westpreußischen Abstimmungsgebiet haben gestern unter riesiger Beteiligung in den vier Kreisen Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Röbel/Rügen stattgefunden und einen eindrucksvollen Verlauf genommen. Alle Parteien und Gruppen waren überall. Es sprachen Redner aller in den Arbeitgebertümlichsten regezirten politischen Parteien. "In den Versammlungen in Marienwerder wurden Entschließungen angenommen, die folgenden vereinbarten Wortlaut haben: 'Während Tausend Männer und Frauen, die heute in der alten Oberstadt verblieben sind, noch einmal gesessen nach Antrittstreffen des Friedensvertrages noch einmal hierzu gleich ihren Vorfahren treuen und einmäiges Zeichen an Deutschland. Das westpreußische Abstimmungsgebiet ist deutscher Boden, durch deutsche Männer bestellt und durch deutsche Freiheit, deutsche Tüchtigkeit und deutsche Ordnungssinn zu einer glänzenden kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gebracht worden. Dieses deutsche Land, an dem wir mit jeder Faser unser Herz hängen, wollen wir dem deutschen Vaterland erhalten. Westpreußen ist eine Säule deutscher Kulturarbeit. Sie durch die Arbeit unserer Väter erworbenen Rechte können nicht erlösen. Wir waren bewusst, sind deutsch und wollen deutsch bleiben! Gott schütze Westpreußen!' Entschließungen gleichen Inhalts sind auch in den übrigen Orten angenommen worden."

Die Besetzung für Danzig

Danzig, 21. Januar. Bei den Danziger Verbündeten sind bisher als demokratisch einstimmende Besetzung für Danzig angemeldet worden 188 Offiziere, 4788 Mann, außerdem 1200 Pferde. Die Truppen seien nun im wesentlichen zusammen aus einem Korpsstab, einem Divisionstab, zwei englischen Infanteriebataillonen, einem französischen Infanteriebataillon, einer Artilleriebrigade mit vier Batterien, einem Maschinengewehrbataillon, zwei Pionierkompanien, einer Sanitätskompanie, ferner aus zwei Feldkanonen, zwei Granatwerfern, einer Fernwachskompanie, einer Kraftwagenequipage, einer Werkstatt und einem Pferdegarren.

Deutsches Reich

Kein diktatorischer Ausschuss

Endlich wird m'gezeigt: Der Abg. Adolf Hoffmann hat in der Mittwochssitzung der preußischen Landesversammlung, nach einer Geltungskorrespondenz, angeblich behauptet, daß am 12. Januar ein Regierungsausschuß bestehend aus dem Reichspräsidenten und den Ministerpräsidenten, Bauer und Koch, mit diktatorischer Macht eingesetzt werden sei. Diese Behauptung ist ungutheitlich. Wenn der Abg. Hoffmann weiterhin behauptet, man habe die Vorbereitung vor dem Reichstag vorgenommen, um die Einführung dieses Direktoriums nach außen beenden zu können, so ist das nur ein neuer Beweis für die unehrliche, herabsetzende und gehässige Propaganda der Unabhängigen.

Unsre Valuta

In bei einem bisher noch nie erreichten Tiefstand angelangt. Mittwoch wurde auf der Berliner Börse für 100 Schweizer Franken 1139 Mark gezahlt, während im Frieden für 100 Franken 81 Mark gezahlt wurden. Vor etwa 14 Tagen wurden für 100 Franken etwa 850 Mark gezahlt. Das Heraufgehen unserer Valuta, das zweifellos mit den neuesten Unruhen und Streiks zusammenhängt, ist um so bedenklicher, als es immer wahrscheinlicher wird, daß wir die Einfuhr großer Mengen Nahrungsmittel zur Sicherung unserer Volksversorgung notwendig brauchen werden.

Der schlechte Stand unserer Valuta läßt es sehr zweifelhaft erscheinen, ob eine solche Einfuhr überhaupt möglich sein wird. Hoffentlich bleiben wie vor neuen Störungen unser Wirtschaftsleben bewahrt, sonst schwundet jede Hoffnung, daß wir unser Volk vor einer Ernährungskatastrophe schützen können.

Kohlennot in Hamburg

Hamburg, 22. Januar. Bei den Hamburger Großwaren- und in anderen Industrien sind, wie vom Vorsteuern des Betriebsrates gestern in einer Versammlung mitgeteilt wurde, wegen Mangels an Kohlen bereits bedeutende Entlassungen von Arbeitern angemeldet worden, was um so bedenklicher ist, da ohnehin Bewegungen unter den Verkehrsbeamten, den Kohlen- und Bahnhofsarbeitern im Gange sind. Von Freitag an wird der Verkehr der Straßenbahn, Hochbahn und Stadtbahn auf die Zeit von 18 bis 10 Uhr beschränkt. Die übrige Zeit des Tages sowie an Sonntagen ruht der Verkehr vollständig.

Angst vor der eignen Courage?

Die Fraktionen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei haben in der Nationalversammlung folgende Entgegnung gestellt:

"Wie verlautet, bringt jetzt auch in Regierungskreisen die Angst durch, daß die Zwangswirtschaft in Deutschland nicht mehr aufrechterhalten werden kann und daß auf Begebung der deutschen Ernährungsverhältnisse die landwirtschaftliche Produktion freigegeben werden muß. Läßt diese Annahme zu?"

Auf jeden Fall ist es geboten, schon jetzt Maßnahmen vorzubereiten, durch die den Gewerbeberatern, deren Einkommensverhältnisse der zu erwartende allgemeine Ebbung des Kreises nicht folgen können, die Möglichkeit geöffnet wird, diese wirtschaftliche Entwicklung zu überstehen. Hat die Regierung sich mit dieser Frage bereit befunden und welche Maßnahmen gedenkt sie zu ihrer sachgemäßen Lösung zu ergründen?"

Wir erwarten eine schriftliche Antwort."

Es wäre Sadie der Interpellanten, die Mittel anzugeben, die geeignet sind, das deutsche Volk vor den üblen Folgen zu schützen, die die Aufzehrung der Zwangswirtschaft im Gefolge haben muß. Sie sind es ja, die die Einführung der freien Wirtschaft verlangen. Unsere Meinung nach gibt es kein Mittel, um die Massen unseres Volkes vor der schwersten Not und unser Wirtschaftsleben vor der ängstlichen Verzerrung zu schützen, wenn das Verlangen der Agrarier nach Einführung der freien Wirtschaft erfüllt wird. Wie die Interpellation zeigt, beginnt offenbar schon jetzt den Herren von rechts vor den Folgen bang zu werden, die sich aus der Erfüllung ihrer Forderungen ergeben müssten.

Am Ende ist es ihnen damit gar nicht so ernst wie es scheint. Aber die Agitation gegen die Zwangswirtschaft gibt ja so gute Gelegenheit, um gegen die verhasste Regierung zu beginnen.

Beschaffung eines Kommunistenführers. Der Kommunistenführer Dr. Leibl, der vorigestern abends in Bremen in einer von der kommunistischen Partei überwunnenen Dr.-Eckermann-Brücke, wurde gestern verhaftet. Dr. Leibl möchte beim Erscheinen der Beamten zunächst den Versuch zu entkommen, wurde aber auf dem Dache des Hauses gestellt und festgenommen. Wie verlautet,

hat die Verhaftung mit den letzten Demonstrationen begangen in Berlin zusammen.

Aussicht aus der Demokratischen Partei. Aus der Deutschen Demokratischen Partei sind der frühere Oberbürgermeister von Bautzen und früherer der Nationalsozialisten im bayerischen Landtag Dr. Gosselmann, seiner der Nationalsozialisten Dr. b. Langenbucher der umgangen aus der Nationalversammlung ausstieß, und die führende der demokratischen Frauengruppe Maria Einhart aufgetreten. Sie kann hört, beschäftigen diese, für der Deutschen Volkspartei anzuschließen.

Die Freiheitsstraße in Oberleisnitz. Laut Tarnowitz Stadtblatt sollte in Oberleisnitz vor dem Eintreffen der Besatzung ein neutraler oberösterreichischer Freistaat unter dem Schutz des Volkerbundes proklamiert werden. Die Vereinigung des Österreichischen Volksrates, Bairisch, in Paris sind jedoch völlig gescheitert. Die Eintracht verlangt vielmehr die Volksabstimmung für Deutschland oder Polen. Die Bildung eines Freistaates könnte nur in Auseinandersetzung mit den beiden Staaten erfolgen.

Die Auflösung im böhmischen Jevíčko. Der Abg. im böhmischen Zentrum wird immer prüfer. Domänenhüter Hebel, Mitglied der Nationalversammlung, ist wenigen der Lösung der Verbindung der böhmischen Volkspartei mit dem Zentrum des Reiches aus der Nationalversammlung ausgeschieden und hat sein Mandat wiederentnommen.

Das Urteil im Prozeß Berchland. Im Prozeß gegen den ehemaligen Militärberoboltingen des Hallischen Soldatenrates Lieutenant d. R. Heberle Berchland, wurde Militärberoboltingen nach 14jähriger Verhandlungsdauer das Urteil gefällt. Es lautet wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und Ungehorsams in zwei Jahren. Unterstreichung in Tatbestand mit vorläufiger Rüfung eines Untergenossen, Freiheitsverbandung, Bildung eines vermaschten Kommandos in Totschlag mit Ungehorsam auf 5 Jahre Gefängnis und Dienstentlassung. Auf das erkannte Strafmaß werden 6 Monate Untersuchungshaft als Verlust in Anrechnung gebracht.

Aus aller Welt

Das Verbrechen bei Schneidemühl

Die eingeleitete Untersuchung hat bestätigt, daß es sich bei dem Eisenbahnmäßig von Schneidemühl tatsächlich um ein Beträufeln auf den Eisenbahngütern gehandelt hat. Man hat die Schneidemühler unter dem empfehlenden Güterzug mit funktionsloser Hand gelöst gefunden. Alles läuft darauf hinaus, daß man die Raubung des Güterzuges beobachtigt hatte.

Die Eisenbahnabteilung Osten hat für die Ermittlung des Täters, der den verbrecherischen Anschlag verübt, eine Belohnung von 25 000 Mark ausgesetzt.

Drei Kinder verbrannt

Die Frau des Schmieds Reita in Gr. Rudnitzau bei Dobau (Ostpr.) gab ihren drei Kindern, mit denen sie am Dache saß, Abendbrot. Plötzlich explodierte die Petroleumlampe und die unverantwortliche Glühbirne, welche die Kinder in Brand. Vergeblich versuchte die Mutter, ihre Lieblinge zu retten; sämtliche drei Kinder starben infolge der schweren Brandwunden.

Buchhausstraße für einen Lebensmittelschwinder

Die Frankfurter Straßammer verurteilte den Kaufmann Heinz Künke, der in Berlin und anderen Großstädten Norddeutschlands sich erholt, Lebensmittel zu beschaffen und viele Personen um Beträfte bis 1500 M. preiste, zu 20 Monaten Buchhaus und 1500 M. Geldstrafe.

Eine nette „Gnädige“

In dem sehr ehrgeizigen und nicht viel weniger reaktionären Berliner Reichsräten fordert die verlorene Angehörige der Berliner Reichsräte fordert die verlorene Angehörige der Berliner Reichsräte.

Für Villenbauholt von zwei Personen sofort einzufügen, beschleunigtes abfallen zuverlässiges und anhängliches junges Mädchen bis Ende 20, als Süße gekauft, die sich vor keiner Arbeit scheut und im Kochen, Bauen, Säubern, Einkaufen, Auskochen, möglichst Schnecken und jeder Zimmerarbeit äugert läufig ist, zu paare (ohne Sohn) oder Tochtern. Kein enthemmter Geschlechtsverkehr, aber freundliche, familiäre Behandlung ungewisse - Pastor-, Förster- oder Landwirtsdochter mit natioloser Bezeichnung, die in Vertrauensstellung Vertriebung läßt, bevorzugt. Mädchen mögen Schenksalz, Milch und Empfehlungen einnehmen an Frau Hüttendirektor Mühe, Düsseldorf, Freihagenstraße 4.

Auf diese Anzeige hin schrieb Herr Dr. W. Hartmann, ein Geistlicher (wie wir im Vorbericht lesen), einen Brief an Frau Hüttendirektor Mühe, in dem es u. a. heißt: „Liebe Frau Mühe,

Sie finden im Reichsräten eine in allen Hauswirtschaftszweigen erfahrene Fachverständige mit nationaler Willenskraft, die bereit ist, um einen Gotteshof Ihnen den Haushalt zu führen. Ich kenne eine sehr tüchtige, gewissenhafte Pfarrerstochter, die bereit ist, auch einmal Ihren kleinen Freizeitclub zu geben, um noch einmal Deutsches Freies Werkzeug kennen zu lernen. Da Sie anscheinend sehr mißtrauen sind, ich ist Sie mich nur bereit, Ihnen unentgeltlich zu helfen, sondern Sie wird Ihnen im Februar freigeben auch noch einen Buchsack zum Werkzeug, um Ihnen zu helfen.“

Teiser, Börsenrichter von Ronde, dürfte die „gnädige Frau“ bevor bewahren, ein zweitesmal ein so unvergessenes Angebot öffentlich auszuschreiben.

Letzte Telegramme

(Eigene Drahtberichte)

Pressefeldzug der Entente in Deutschland

Basel, 22. Januar. Presseinformation meldet aus Paris: Die Eintracht hat beschlossen, eine Anzahl ihrer Agenten in Deutschland zu beauftragen, die ihnen übergebenen Absätze des Anklageschriften gegen die ausländischen Deutschen in meiste Kreise der deutschen Presse und auch in jeder andern Form zu verbreiten. Es werden bereits weit über 1 Millionen solcher Exemplare in deutscher Sprache gedruckt, die im befreiten Gebiet, in Elsaß-Lothringen und im unbefreiten Deutschland verbreitet werden sollen.

Wilhelms Vertreibungsschrift

Aus dem Haag, 22. Januar. Die Zeitung Wall berichtet, daß der Justizminister in Konferenz bei dem Kaiser teilte, der sich nicht freiwillig stellen will und mit der Abschaffung einer Schrift an die Alliierten beabsichtigt sei.

Keine Waffenruhe und kein Handel

Basel, 22. Januar. Die russische Sovjetregierung hat die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit den Alliierten vom Abschluß eines Waffenstillstandes abhängig gemacht, andernfalls würden die in den Häfen entsendenden Handelsdampfer der Entente versenkt.

Proteste gegen Zeitungsverbote

Halle, 22. Januar. Eine hochbetriebene Verhandlung der Angehörigen des graphischen Gewerbes nahm Stellung zu dem Verbot des unabhängigen Blattes und der damit verbundenen Säuberung der Arbeiterschaft. Nach vierjähriger erster Aussprache wurde eine Entscheidung angenommen, in der schärfsten Weise gegen die planmäßigen Verbote unabhängiger Zeitungen erobert. Die Verhandlung beschloß mit Wehrheit, auch die bürgerlichen Zeitungen, unter Umständen mit Wehrheit, sofort einzulegen. Wie weiter gemeldet wird, sind heute auch noch die Berlinerischen Arbeitsergebnisse und das in Cöthen erscheinende Mansfelder Volksblatt, beide unabhängige Organe, verboten worden. Bis jetzt wurden ungefähr 35 unabhängige Zeitungen verboten.

Leipzig, 22. Januar. Die Leipziger Buchdrucker gehilfen nahmen am Mittwoch nachmittag im Albertgarten zu den Verbotes des unabhängigen Freiheit. Es wurde eine Kommission gewählt, die bei den nachgehenden Stellen die Aufhebung des Verbotes erwirken soll. Wie verlautet, soll kein Zweifel darüber gelassen werden, daß man zu ersten Mittwoch greift, wenn die in Sachen ausgesprochenen Zeitungsverbote nicht rücksichtig gemacht werden.

Die Auslieferungsfreiheit

Rotterdam, 22. Januar. Auf der Auslieferungsfreiheit liegen die Namen von 34 U-Bootkommandanten. Davon, daß Ludendorff und Hindenburg von der Auslieferungsfreiheit abgetreten seien, ist in Paris nichts bekannt.

Letzte lokale Nachrichten

Warnung für die Erwerbslosen

In dem Artikel in der gestrigen Nummer unter Blattes Schreibt und Kenntnis Arbeitsschlüssel steht, daß der Arbeitsschlüssel eine längere Erholung, die in der Arbeitsergebnis Vertriebung läßt, bevorzugt. Mädchen mögen Schenksalz, Milch und Empfehlungen einnehmen an Frau Hüttendirektor Mühe, Düsseldorf, Freihagenstraße 4.

Auf diese Anzeige hin schrieb Herr Dr. W. Hartmann, ein Geistlicher (wie wir im Vorbericht lesen), einen Brief an Frau Hüttendirektor Mühe, in dem es u. a. heißt: „Liebe Frau Mühe,

Um die Sechsstundenschicht

Obwohl der Bergarbeiterverband erst im Juni 1919 in Bielefeld seinen Verbandsstag abhielt, beruft der Vorstand des Verbands auf den 24. Januar und folgende Tage einen außerordentlichen Verbandsstag nach Bochum ein. Die Beitragsverhöhung steht zwar mit auf der Tagesordnung, aber es dreht sich doch in der Hauptfrage um den Streitpunkt der sofortigen Einführung der Sechsstundenschicht im unterirdischen Bergbau.

Schon im März 1919 streikten die Bergleute Westfalens fünf Wochen lang, weil ihnen die sechsstündige Schichtzeit nicht genehmigt worden war. Kurz vorher hatten die Bergarbeiterverbände mit den Arbeitgebern die Einführung der sechsstündigen Schicht vereinbart und auch eingeführt. Der wilde Streik wurde den Verbänden nicht anerkannt. Die Verbandsleitung sollte sich an die Spur dieses teils politischen Streits stellen. Sie tat es nicht, weil sie die Riederlage vorausahnte und den Verband in die größte Gefahr gebracht hätte. Die Regierung hatte kurz nach Beginn des Streiks dem Drängen der Verbandsleitung nachgegeben und ab Mitte April die Sechsstundenschicht für die unterirdischen Bergarbeiter eingeführt. Sie hatte aber fest und bestimmt erklärt, die Sechsstundenschicht nicht bewilligen zu können, weil das die deutsche Wollswirtschaft nicht vertreten könne und in den Abgrund stürzen würde. Die Anerkennung des Streiks durch den Verband hätte auch dazu geführt, daß das Verbandsamt nicht ausgereicht und wäre völlig aufgegeben worden für eine verlorene Sache. Die Kommunisten hätten ihr Ziel erreicht. Der Streik ging trotz seiner Einmäßigkeit noch fast fünfhundert Dauer verloren. Die Stellungnahme der Verbandsleitung stand trotz allen Anfeindungen durch die U.S.A.-P.-Leute in der Generalversammlung in Bielefeld eine starke Mehrheit.

Die Generalversammlung beschloß wieder, was schon die vier Verbände Ende März und die Aktionärsversammlung am 5. April getan hatten: die internationale Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau, weil Deutschland allein damit nicht vorgehen kann. Auf Veranlassung der Regierung war im Sommer 1919 eine Kommission von Fachleuten, Wissenschaftlern und Sachverständigen eingesetzt worden, die untersuchen sollte, ob und unter welchen Umständen die Einführung der Sechsstundenschicht im unterirdischen Bergbau

möglich sei. Die Entscheidung dieser Kommission ist bekannt. Sie war sehr geteilter Meinung. Nun folgten die Unterhändler wieder mit einer müßigen Agitation für die Sechsstundenschicht, eine Beschaffungsbehilfe von 1000 M. und eine Erhöhung der Schichtlöhne und Gehüngelöhne um 100 Pro. Die Verbandsleitung berief deshalb für den 27. Dezember eine Delegiertenkonferenz der westfälischen Betriebsräte ein. Dort wurde den Delegierten klarlegt, wie groß die Kohlennot jetzt schon sei und wie gefährlich sie sich steigern müsse, wenn die Schichtzeit noch um eine Stunde gefügt würde. Da es an Arbeitsergebnissen und Baumaterial fehlt, ebenso an geeigneten eingearbeiteten Arbeitskräften, so müßte die Kohlennot bis zur Unmöglichkeit sich steigern. Die Verbandsleitung schlug vor, sofort eine Konferenz der Internationalen Bergarbeiterorganisation einzuberufen, um dort über die Einführung der Sechsstundenschicht in allen Ländern Beschuß zu fassen. Die döhnlaute Entscheidung wurde mit 69 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die U.S.A.-P.-Anhänger sind darum nicht zufrieden. Sie drohen, am 1. Februar die Sechsstundenschicht sich eigenmächtig nehmen zu wollen. Um bedenkliche Gemüter beruhigen zu können, ist jetzt die Parole ausgegeben, zwar sieben Stunden zu arbeiten, aber im Tarifvertrag die Sechsstundenschicht festzulegen und die siebte Stunde mit Aufschlag zu bezahlen. Viele Entscheidungen gingen beim Verbandsvorstand ein, die daselbst verlangen. Auch die Christlichen verlangen das. Sehr viele andere aber befürchten, daß das nur ein Trick ist, und doch dann, wenn es gelingt, sofort die Parole auszugeben, keine Überstunden zu verfahren. Die Folge würde sein, daß trotz gezieltem Versprechen doch nur die im Tarif festgelegte Sechsstundenschicht verfahren würde. Die Überradikalen hätten ihren Zweck erreicht und die deutsche Wirtschaft wäre infolge verschärften Kohlemangels dem Ruin geweiht. Arbeitslosigkeit und Hunger wären die Folge.

So stehen sich die Interessen gegenüber. Um die Verantwortung über diese schwerwiegende Frage nicht allein tragen zu müssen, hat die Verbandsleitung die außerordentliche Generalversammlung einberufen, die nun die Entscheidung über den ersten und wichtigsten Streitpunkt treffen soll. Mögen die Bergarbeiter sich ihrer schweren Verantwortung bewußt sein.

